

BASELBIETER
FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Gina Barra, Wahlkampfleiterin
«Markus Eigenmann in den Regierungsrat»

Der Wahlkampf um den freisinnigen Sitz in der Baselbieter Regierung geht in die entscheidende Phase. Markus Eigenmann ist mittendrin: Frühmorgens bei Pendleraktionen, an Ständen, Podien und zahlreichen Anlässen im ganzen Baselbiet. Mit seiner offenen Art sucht er das Gespräch mit den Menschen, hört zu, fragt nach und bringt seine Erfahrung als Unternehmer und Gemeindepräsident ein.

Wer Markus kennt, weiss: Er ist kein Mann der lauten Worte, sondern einer, der anpackt, Verantwortung übernimmt und mit klarem Kopf entscheidet. Seit Jahren führt er Arlesheim erfolgreich und mit Weitsicht. Unter seiner Leitung wurden Projekte mit Augenmass und Zielsetzung umgesetzt – immer mit Blick auf die langfristige Entwicklung der Gemeinde und das Wohl der Bevölkerung.

Als Unternehmer kennt Markus Eigenmann die Realität der Wirtschaft. Er weiss, was es heisst, Mitarbeitende zu führen, Risiken abzuwägen und Chancen zu nutzen. Bürokratische Hürden, Fachkräftemangel oder Unsicherheiten sind für ihn Alltag. Diese Erfahrung verbindet er mit dem analytischen Denken eines ETH-Ingenieurs und der Führungsstärke eines Obersts. Diese Kombination macht ihn zu einem Kandidaten mit Substanz – jemandem, der das Baselbiet mit **Kompetenz, Verantwortung und Weitblick** führen kann.

Markus Eigenmann steht für Vernunft und Verlässlichkeit. Er denkt nicht in Legislaturen, sondern in Generationen. Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung sind für ihn Verpflichtung. **Er will gestalten, nicht verwalten** – mit gesundem Menschenverstand und einem klaren Blick aufs Machbare.

Am 30. November 2025 entscheidet sich, wer die Baselbieter Regierung künftig vertritt. Es geht

darum, den freisinnigen Sitz zu verteidigen und die erfolgreiche Arbeit von Monica Gschwind fortzuführen. Markus Eigenmann bringt dafür alles mit: Erfahrung, Tatkraft, Glaubwürdigkeit – und die Fähigkeit, Brücken zu bauen.

Nun gilt es, gemeinsam den Schlusspurt zu schaffen. **Jede Stimme zählt.** Sprechen Sie mit Ihren Nachbar:innen, Freund:innen und Kolleg:innen über Markus Eigenmann – Mund-zu-Mund-Propaganda wirkt stärker als jedes Plakat. **Wer will, dass das Baselbiet auch künftig mit Vernunft, Weitsicht und Verantwortung geführt wird, wählt am 30. November Markus Eigenmann in die Regierung.**

Jede Stimme zählt	Seite 3
Interview mit Monica Gschwind	Seite 4–5
Veranstaltung von 14. Oktober 2025	Seite 6
Paket Schweiz–EU	Seite 7
Naubrücke verlegen	Seite 8
FDP Frauen beider Basel gegründet	Seite 9
200 Franken sind genug	Seite 10

Bild: André Springer



Mit voller Energie

für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes

Liebe Freisinnige

Heute dürfen wir zum ersten Mal in diesem Editorial das Wort an Sie richten. Die Wahl ins Co-Präsidium unserer Partei erfüllt uns mit Freude und Ehre – und mit Respekt angesichts der grossen Verantwortung. Dank unserem Vorgänger Thierry Burkart dürfen wir auf eine äusserst solide Grundlage bauen. Herzlichen Dank, lieber Thierry, für deinen riesigen Einsatz und dein Herzblut zum Wohle der FDP! Wir arbeiten mit voller Energie weiter für den Erfolg unserer Partei und vor allem unseres Landes. Konsequenz entlang der liberalen Grundsätze: Freiheit und Verantwortung, Gemeinsinn und Fortschritt.

Es sind diese freiheitlichen Werte, die unser Land zu seinem unvergleichlich hohen Wohlstand verholfen haben. Dieser Wohlstand entstand durch Arbeit, nicht durch Umverteilung. Er entstand durch einen schlanken Staat, tiefe Steuern und wenig Bürokratie. Leider ist das Erfolgsmodell immer stärker bedroht. Von jenen, die Lohn ohne Leistung versprechen. Und von anderen, die Abschottung zelebrieren.

Juso-Enteignungsinitiative: Jetzt gilt es ernst!

Nehmen wir das Beispiel Juso-Erbschaftsinitiative: Sie fordert eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent ab

einem Betrag von 50 Millionen. Ohne Ausnahmen. Ein Ja hierzu würde die erfolgreichsten Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Betriebe aus dem Land vertreiben. Der Bundesrat rechnet mit Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr. Die Folge wären Sparprogramme beim Service Public und neue Steuern. Und wer bezahlt die Zeche? Einmal mehr der hart arbeitende Mittelstand! Wir müssen uns mit aller Kraft gegen diesen linken Steuerhammer und Frontalangriff auf das nachhaltige Unternehmertum wehren!

Service-Citoyen-Initiative

Auch die Service-Citoyen-Initiative, die Ende November zur Abstimmung gelangt, gilt es zu bekämpfen. Wir lehnen das an sich gut gemeinte Anliegen aus drei Gründen ab: Erstens hat die personelle Alimentierung der Armee und des Zivilschutzes im Zentrum der Dienstpflicht zu stehen. Zweitens würde die Wirtschaft durch den Entzug unverhältnismässig vieler Arbeitskräfte übermässig belastet. Drittens würde die Freiwilligenarbeit entwertet und somit die Milizarbeit gefährdet. Dies dürfen wir – die wir uns konsequent für eigenverantwortliches Handeln starkmachen – nicht zulassen.

FDP feiert die Demokratie

Die FDP predigt die liberalen Werte nicht nur, sie lebt sie auch. Jüngster Beweis: Nach einer intensiven und im höchsten Masse freisinnig-demokratischen Debatte hat unsere Delegiertenversammlung ihre Leitlinie zu den Bilateralen Verträgen mit der EU gezogen. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für ein positives Signal zuhanden der bundesrätlichen Vernehmlassung aus. Die Forderung nach einem obligatorischen Referendum wurde knapp verworfen. Zudem erhielt die FDP-Fraktion den Auftrag, sich bei der innerstaatlichen Umsetzung der Verträge mit aller Kraft gegen Angriffe auf den liberalen Arbeitsmarkt und gegen die Einwanderung in unsere Sozialsysteme einzusetzen. Damit ist die FDP die bisher einzige Partei, die sich in einem offenen Dialog zu den Verträgen geäussert hat. Eine definitive Parolenfassung ist das allerdings noch nicht. In der Vernehmlassungsantwort werden Argumente der Minderheiten sorgfältig berücksichtigt. So geht gelebte Demokratie!

Ihre Susanne und Ihr Benjamin,
Co-Präsidium FDP.Die Liberalen Schweiz



**Stärkste Steuerzahler
vertreiben - du bezahlst.**

**Am 30. November
NEIN zur Juso-Initiative.**

juso-enteignungsinitiative.ch

FDP
Die Liberalen

Im Interview

Regierungspräsidentin Monica Gschwind während ihrer Ansprache beim Baselbieter Apéro zur Vereidigung der Schweizergardisten am «Sacco di Roma» im Mai 2024. Foto: Jessica Krämer



«Ich gehe mit einem lachenden und einem we

Interview mit Regierungsrätin Monica Gschwind

Regierungsrätin Monica Gschwind blickt im Interview auf eine bewegte Karriere voller wichtiger Meilensteine zurück. Nach über zehn Jahren als Regierungsrätin tritt sie per Ende 2025 zurück und widmet sich zukünftig vermehrt ihrer Familie.

1 Nach 10 Jahren im Amt als Regierungsrätin treten Sie per Ende 2025 zurück. Was geht Ihnen dabei durch den Kopf?

Ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich war sehr gerne Regierungsrätin und habe mich in den letzten 25 Jahren als FDP-Politikerin im Baselbiet sehr wohl gefühlt. Als ich im Juni im Landrat meinen Rücktritt bekannt gegeben habe, war dies ein sehr emotionaler Moment für mich. Wirklich realisiert habe ich das Aufhören aber tatsächlich noch nicht. Denn in den letzten Monaten gab es eine Menge zu tun, und dies wird auch noch bis Ende Jahr so weiter gehen.

2 Sie sprechen die 25 Jahre als FDP-Politikerin an. Was hat Sie in all diesen Jahren stets begleitet oder geprägt?



Erster Schultag im Schuljahr 2024/25 an der Primarschule Rickenbach im August 2024. Foto: Pino Covino

Als ich mich im Jahr 2000 für die Wahlen als Gemeinderätin in Hölstein aufstellen liess, hat mir die FDP Hölstein von der ersten Minute an den Rücken gestärkt. Es war mir immer wichtig zu wissen, dass viele Leute hinter mir stehen. Ohne den Zuspruch und die Unterstützung meiner Parteikolleginnen und -kollegen, Familie und Freunden könnte ich heute nicht auf 25 Jahre als Gemeinde-, Land- und Regierungsrätin zurückblicken.

Mein Credo war es immer, Herausforderungen anzunehmen, wie sie sind, und das Beste daraus zu machen. Wir können die Rahmenbedingungen nicht immer ändern – aber entscheiden, wie wir mit Aufgabenstellungen umgehen. Dieser Grundsatz hat mich in all den Jahren immer begleitet und motiviert.



setzt. Auch die Berufsbildung konnten wir in den vergangenen Jahren nachhaltig stärken – ein Thema, das mir über all die Jahre besonders am Herzen lag.

Ein weiterer Meilenstein waren die Gespräche rund um die Trägerschaft der Universität Basel, in denen es uns gelungen ist, unsere Rolle auf Augenhöhe mit dem Kanton Basel-Stadt zu etablieren. Im Kulturbereich haben wir mit dem neuen Kulturvertrag die Finanzströme zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt klar geordnet und die Kulturinstitutionen entpolitisieren können.

5 Welche Eigenschaften oder Fähigkeiten sollten Ihre Nachfolgerin oder Ihr Nachfolger unbedingt mitbringen?

Die BKSD ist mit den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Jugend- und Behindertenhilfe meiner Ansicht nach die vielfältigste und spannendste Direktion in unserem Kanton. Meine Nachfolge sollte ein grosses Interesse für alle Aufgabenbereiche mitbringen, gerne Entscheidungen treffen, politisches Fingerspitzengefühl haben und sehr belastbar sein. Selbstverständlich ist auch Finanzverständnis wichtig, denn die BKSD verfügt mittlerweile über ein Budget von rund 1,1 Milliarden Franken. Ebenso wichtig ist es, die Gesamtinteressen des Kantons stets im Auge zu behalten, um sich in alle Regierungsgeschäfte gut einbringen zu können.

«Es war mir immer wichtig zu wissen, dass viele Leute hinter mir stehen.»

3 Punkto Motivation: Wo haben Sie besonders viel Biss gebraucht?

Eine wirkliche Knacknuss war die anfängliche Blockade rund um den Lehrplan 21. Da brauchte es Geduld, Verhandlungsgeschick und Fingerspitzengefühl, um verschiedene Interessen zusammenzuführen und eine gute Lösung zu finden. Herausfordernd waren auch die Verhandlungen mit unserem Nachbarkanton Basel-Stadt im Bereich Universität und Kulturpartnerschaft.

4 Worauf sind Sie rückblickend besonders stolz – und warum?

Besonders stolz bin ich, gemeinsam mit meinem Team der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD), dem Regierungsrat, dem Landrat und den vielen Vertreterinnen und Vertretern aller Anspruchsgruppen wichtige Meilensteine erreicht zu haben: Wir haben die BKSD neu ausgerichtet, in den Schulen moderne Führungsstrukturen eingeführt und Ruhe und Stabilität geschaffen. Mit dem 2024 in Kraft getretenen Behindertenrechtegesetz haben wir die Basis für eine zeitgemässe Inklusion gelegt und ein deutliches Zeichen für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ge-

6 Ein Blick in die Zukunft: Worauf freuen Sie sich am meisten?

Die Aufgabe als Regierungsrätin fordert viel und bringt lange Arbeitstage und zahlreiche Abend- und Wochenendausgänge mit sich. Aufgrund dessen war mein Terminkalender fremdgesteuert und Monate im Voraus ausgebucht. Ich freue mich, ab nächstem Jahr wieder frei über meine Zeit verfügen zu können, mehr Zeit mit meinem Mann und meinen Eltern verbringen zu dürfen, präsenter im Leben meiner beiden erwachsenen Töchtern und meines Enkelkinds zu sein und mich auch mehr sportlich betätigen zu können.



Spatenstich bei der Grundsteinlegung für das neue Aus- und Weiterbildungszentrum von aprentas mit Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt Mustafa Atici im Februar 2025. Foto: Manuel Weiersmüller



Verleihung der Baselbieter Sportpreise 2023 im November 2023. Foto: Jasmin Haller



Ansprache bei der Eröffnung des Neubaus des Biozentrums der Universität Basel im September 2021. Foto: Universität Basel, Dominik Plüss

Bilder: FDP.Die Liberalen Basel-Stadt



«Bilateraler Weg – eine Auslegeordnung»

Veranstaltung vom 14. Oktober 2025 im Kulturhaus Hübse, Basel

Beim Anlass im Kulturhaus Hübse diskutierten Politik, Wirtschaft und Wissenschaft das neue Paket Schweiz–EU. Klar wurde: Die Region Basel braucht stabile und verlässliche Beziehungen zu Europa.

Der Saal des Kulturhaus Hübse war gut besucht, als die FDP Basel-Stadt und die FDP Baselland gemeinsam zum Anlass «Bilateraler Weg – Eine Auslegeordnung» luden. Das Thema brennt: Die Vernehmlassung des Bundesrats zum neuen Paket Schweiz–EU läuft, und wenige Tage später wird die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz ihre Haltung zu den Bilateralen III festlegen. Für die Grenzregion Basel, die in Wirtschaft, Forschung und Arbeitsmarkt besonders eng mit der EU verflochten ist, steht viel auf dem Spiel.

Präsidenten mit klarer Botschaft

Nach der Begrüssung durch Johannes Barth (FDP Basel-Stadt) und Melchior Buchs (FDP Baselland) war klar: Es geht nicht um Schlagworte, sondern um eine nüchterne, fundierte Auseinandersetzung mit einer der zentralen Weichenstellungen der Schweizer Europapolitik.

Erosion oder Erneuerung – wo steht die Schweiz?

Gabriel Schweizer, Leiter Aussenwirtschaft der Handelskammer beider Basel, zeichnete in seinem Referat ein realistisches Bild: Die Schweiz befinde sich «am Wendepunkt». Die jahrelange Unsicherheit habe zu einem Verlust des ungehinderten Marktzugangs, zum Ausschluss aus Horizon und zu einem angespannten Verhältnis mit den europäischen Partnern geführt. Mit den Bilateralen III könne die Schweiz die bewährten bilateralen Abkommen sichern, Rechts- und Planungssicherheit schaffen und eine moderate Vertiefung der Zusammenarbeit erreichen.

Wirtschaftliche Perspektive – Pragmatismus vor Ideologie

Nationalrat und Unternehmer Simon Michel betonte, wie zentral der hindernisfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt für exportorientierte Firmen sei. Besonders die Medizintechnikbranche spüre die Folgen des weggefallenen Mutual Recognition Agreement (MRA) unmittelbar. «Das Paket Schweiz–EU bietet einen pragmatischen Weg, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern – ohne unsere Souveränität preiszugeben», so Michel.

Wissenschaftlicher Blick auf das Vertragspaket

Prof. Dr. Rolf Weder von der Universität Basel ordnete das Paket in einen grösseren Kontext ein. Zentral sei der institutionelle Teil mit einem fairen Mechanismus zur Streitbeilegung – ein Schutz gegen «Strafaktionen des stärkeren Partners». Die politische Integration bleibe begrenzt, und neue Abkommen müssten nicht automatisch übernommen werden. Sein Fazit war differenziert:

«Emotional bin ich dagegen – aber rational sehe ich, wie wichtig dieses Paket für die Schweiz ist.»

Kontroverse und Konsens im Podium

In der anschliessenden Podiumsdiskussion, moderiert von Renato Perlini (FDP Basel-Stadt), diskutierten Annette Luther (F. Hoffmann-La Roche AG), Gabriel Schweizer, Simon Michel und Prof. Dr. Rolf Weder engagiert, aber sachlich. Breite Einigkeit herrschte darüber, dass die Schweiz Stabilität, Planungssicherheit und verlässliche Beziehungen zu Europa brauche. Unterschiedlich blieben die Einschätzungen, wie weit Integration gehen dürfe.

Ein Abend mit Tiefgang und Wirkung

Der Anlass bot nicht nur Informationen, sondern auch ein Stimmungsbild der Basis. Die Wortmeldungen aus dem Publikum zeigten: Die FDP-Mitglieder sind sich der Tragweite bewusst – und wünschen sich eine sachorientierte, wirtschaftsfreundliche Europapolitik, die den bilateralen Weg stabilisiert und modernisiert, ohne die Eigenständigkeit der Schweiz zu gefährden.



Manuela Renz, Kommunikationsverantwortliche FDP.Die Liberalen Baselland

Bild: FDP Schweiz



Paket Schweiz-EU

Chance oder Gefahr?

Obwohl das Paket mit den Abkommen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) erst in der Phase der Vernehmlassung steht, erinnert die Heftigkeit und Emotionalität der Diskussionen bereits an den Abstimmungskampf zur EWR-Vorlage von 1992. Nötig ist zum heutigen Zeitpunkt eine sachliche Beurteilung der Vor- und Nachteile.

Die Bilateralen Verträge haben zum heutigen Wohlstand in der Schweiz sehr viel beigetragen. Der eingeschlagene Weg soll daher weitergeführt werden. Verträge müssen aber von Zeit zu Zeit veränderten Verhältnissen angepasst und Schwachstellen beseitigt werden. Dabei ist es logisch, dass beide Vertragsparteien, die Schweiz und die EU, ihre Interessen in die Verhandlungen einbringen. Die vorliegenden Abkommen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz und der EU sind ein Kompromiss. Um diesen beurteilen zu können, braucht es eine sachliche Auslegeordnung, um die Vor- und Nachteile abzuwägen.

Fakten statt Schlagworte

Mit dem Anlass «Bilateraler Weg – eine Auslege-

ordnung» haben wir dieses Ziel gemeinsam, FDP Baselland und FDP Basel-Stadt, ein paar Tage vor der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz verfolgt. Wir brauchen im Moment keine Diskussion mit unreflektierten Schlagworten. Es geht darum, den Inhalt der Abkommen zu kennen und zu verstehen. Und es geht darum abzuschätzen, welche Konsequenzen eine Annahme resp. eine Ablehnung des Pakets Schweiz-EU zur Folge hätte.

EU – wichtigster Handelspartner

Für die stark exportorientierte Wirtschaft in der Region Basel steht viel auf dem Spiel. Rund 58% der Ausfuhren aus der Nordwestschweiz gehen in den EU-Raum, nur 17% in die USA und mit 6% noch weniger nach China. Das Handelsvolumen mit der EU beträgt jährlich 302 Milliarden

Schweizer Franken. Sogar 70% der Importe in die Nordwestschweiz erfolgen aus der EU. Die Wertschöpfungsketten zwischen der Schweiz und der EU sind äusserst verzahnt. Wollen wir das Verhältnis zu unserem Heimmarkt EU künftig dem Zufall überlassen oder wollen wir Rechts- und Planungssicherheit schaffen?

Nur wenige Abkommen betroffen

Die Schweiz verfügt aktuell über 100 Abkommen mit der EU. Die weiter entwickelten und allenfalls neuen Abkommen des Pakets Schweiz-EU machen nur einen sehr kleinen Teil davon aus. Mit den Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA), die Personenfreizügigkeit, den Luft- und Landverkehr und auch die Landwirtschaft handelt es sich aber um Vereinbarungen mit grosser Bedeutung für die Schweizer Wirtschaft. Sie bringen einen hinderisfreien Marktzugang, Zugang zu Arbeitskräften, Rechtssicherheit und Schutz der Schweizer Interessen.

Institutionelle Elemente sind verhältnismässig

Dazu kommen bei den Abkommen MRA, Personenfreizügigkeit, Luft- und Landverkehr sowie bei den neuen Abkommen Lebensmittelsicherheit und Strom die institutionellen Elemente «dynamische Rechtsübernahme», «einheitliche Auslegung und Überwachung» und «Streitbeilegung im Falle von Abweichungen». Die dynamische Rechtsübernahme ist keine automatische Übernahme, wie oft behauptet wird. Es braucht die Zustimmung der Schweiz. Die bei Verletzung von bestehendem Recht oder Nichtübernahme von neuem Recht vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen sind keine Sanktionen oder Strafmassnahmen. Die Ausgleichsmassnahmen müssen grundsätzlich im betreffenden Abkommen vorgenommen werden und verhältnismässig sein. Ein Ausschluss aus «Horizon Europe» wäre zum Beispiel nicht mehr möglich.

Die Volksabstimmung zum Paket Schweiz-EU wird frühestens im Juni 2027 stattfinden. Bis dann werden sich das eidgenössische Parlament und wir uns alle noch intensiv mit dieser Vorlage beschäftigen.



Melchior Buchs, Präsident FDP Baselland

Bild: Visualisierung: Lüchinger Meyer Partner AG / Anex & Roth Visuelle Gestaltung



Die Verlegung der Naubrücke bringt das Laufental voran: Das Projekt stärkt den Hochwasserschutz, verbessert Schul- und Verkehrswege, reduziert Lärm und schafft Raum für Erholung. Eine Brücke für Generationen – die von allen Kräften getragen wird.

Im August 2007 stand Laufen unter Wasser. Die Bilder von überfluteten Strassen und Kellern haben sich eingebrannt – und sie zeigen, wie verletzlich unsere Infrastruktur ist. Kanton und Stadt haben seither konsequent an Verbesserungen gearbeitet. Denn der Hochwasserschutz ist nicht nur ein technisches Projekt, sondern ein Schutzschild für die Bevölkerung. Am 30. November stimmen wir über einen Meilenstein ab: die Verlegung der Naubrücke. Das Hochwasserschutzprojekt ist umfassend: Das Flussbett der Birs wird vertieft, der Fluss verbreitert, das Ufer erhöht. Ausserdem werden drei Brücken angehoben oder angepasst, und die Naubrücke wird an anderer Stelle neu gebaut. Denn die bestehende ist schlicht zu kurz für das neue Flussbett.

1 Brücke, zahlreiche Vorteile

Die Bevölkerung profitiert in vielerlei Hinsicht: von sicheren Schulwegen, einer besseren Verkehrsführung, weniger Lärm, indem Bahn und Strasse gebündelt werden, und von attraktivem Erholungsraum. So ist gemeinsam mit dem Birspark zwischen der Bahnhofsbrücke und der Eishalle eine verkehrsberuhigte Zone für Erholung und Begegnung geplant. Die regionale Wirtschaft profitiert ebenfalls – von einer modernen Infrastruktur, die

die Erreichbarkeit verbessert und die Raum für Entwicklung lässt.

77x JA fürs Laufental

Dass alle Parteien hinter dem Projekt stehen, zeigt, wie wichtig es für die Region ist: Der Landrat stimmte mit 77:2 Stimmen zu und bewilligte 34,4 Millionen Franken. Eine Investition, mit der sich der Kanton Basel-Landschaft klar zum Ausbau der Infrastruktur im Laufental bekennt. Und die zeigt, wie überzeugend die Massnahme ist und wie gut sich Politik und Behörden aus dem Laufental beim Kanton dafür eingesetzt haben.

Hochwasserschutz zukunftsfit machen

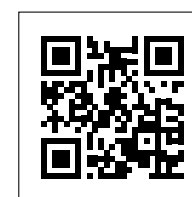
Trotz dem Mehrwert, den die Verlegung der Naubrücke bringt, hat ein lokales Komitee das Referendum ergriffen. Am 30. November entscheidet nun die Baselbieter Stimmbevölkerung. Mit einem JA erhalten wir die dringend benötigte Investition in unseren Hochwasserschutz. Wird das Projekt abgelehnt, ist kaum zu erwarten, dass die Mittel rasch wieder in die Region fliessen.

JA zur Verlegung der Naubrücke

Deshalb engagieren sich bereits über 100 Personen

im Pro-Komitee für ein JA – von allen sieben Nationalrätinnen und -räten sowie unserer Ständerätin bis zu Unterstützung durch SP, Grüne, Mitte, FDP, GLP, EVP und SVP.

Die neue Naubrücke ist mehr als Beton und Stahl. Sie steht für Sicherheit, Lebensqualität und Fortschritt. Für Laufen. Für die Region.



Zum Pro-Komitee beitreten:



Martin Dätwyler, Landrat und Direktor Handelskammer beider Basel

Bild: FDP Frauen beider Basel



Liberaler Frauen aus Stadt und Land

die FDP Frauen beider Basel sind gegründet

Seit dem 5. Juni 2025 ist die politische Landschaft der Region um eine Organisation reicher: Mit der Gründung der FDP Frauen beider Basel entstand die erste bikantonale Frauensektion der FDP Schweiz. Die neue Sektion vereint liberale Frauen aus Basel-Stadt und Baselland mit dem Ziel, politische Anliegen von Frauen und Familien stärker sichtbar zu machen und Gleichstellungsfragen aktiv in die liberale Politik einzubringen.

Politisch orientieren sich die FDP Frauen beider Basel an den Grundwerten der beiden Kantonalparteien. Gleichzeitig wollen sie eigene Akzente setzen – dort, wo es um Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Stärkung weiblicher Führungskräfte in Politik und Wirtschaft geht.

Präsidentin der neuen Sektion ist Tamara Hunziker aus Basel, Anina Andrea Engeler-Malanowski aus Oberwil amtet als Vizepräsidentin. Den offiziellen Start markierte am 12. September ein Kick-off-Event auf dem Margarethenhügel, an dem rund 40 Frauen aus Stadt und Land teilnahmen. Unter den Gästen waren Regierungsrätin Monica Gschwind und Nationalrätin Bettina Balmer, Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, die gemeinsam mit den neu gegründeten Mitgliedern auf den Auftakt anstießen.

Bündelung liberaler Kräfte über Kantonsgrenzen hinweg

Die Gründung der FDP Frauen beider Basel beantwortet eine immer wieder gestellte Frage: Braucht es heute überhaupt noch Frauenparteien? Die Initiantinnen sind überzeugt – mehr denn je. Zwar hat sich seit der Einführung des Frauenstimmrechts

1971 viel verändert, doch von echter Gleichstellung kann noch keine Rede sein. Der Frauenanteil im Nationalrat liegt derzeit bei 39 Prozent, im Ständerat bei 32,6 Prozent – deutlich weniger, als es dem Bevölkerungsanteil entspricht.

«Wir wollen nicht jammern, sondern gestalten», sagt Vizepräsidentin Anina Andrea Engeler. Ziel sei es, die Kräfte liberaler Frauen aus beiden Kantonen zu bündeln. Synergien zu schaffen und der liberalen Stimme von Frauen mehr Gewicht zu verleihen. Durch die bikantonale Organisation sollen Austausch und Zusammenarbeit erleichtert werden – insbesondere bei Themen, die beide Basel betreffen. Gemeinsame Institutionen wie die Universität Basel, das UKBB oder die FHNW zeigen, dass viele Herausforderungen längst über kantonale Grenzen hinausreichen.

Vernetzung als Motor für politische Teilhabe

Liberaler Frauenpolitik bedeutet, Chancen zu schaffen, statt Quoten zu verwalten. Dabei spielt der Aufbau von Netzwerken eine zentrale Rolle. Sie ermöglichen Wissenstransfer, stärken Selbstvertrauen und öffnen Türen zu neuen Aufgaben.

Gedankenbar

• 24. November 2025, 19 Uhr

Wir begrüßen Saskia Schenker, Direktorin von prio.swiss, dem Verband der Schweizer Krankenversicherer, und Raymond Cron, Verwaltungsratspräsident der St. Clara AG und Spitalratspräsident der Spitäler Schaffhausen.

Thema:

«Teuer, teurer, am teuersten – Ziele der gemeinsamen Gesundheitsregion BS/BL gescheitert?»

Unkompliziertes Get-Together: einfach vorbeikommen – ohne Anmeldung. Auch Nicht-Mitglieder sind herzlich willkommen.

Die Gedankenbar findet in der Barfly Bar, St. Johans-Vorstadt 11, 4056 Basel, statt.

• 19. März 2026, 19 Uhr
zum Thema Sicherheit

Weitere Details werden demnächst auf www.fdpfrauenbeiderbasel.ch bekanntgegeben.

Mit regelmässigen Anlässen wollen die FDP Frauen beider Basel Begegnungen schaffen, Diskussionen anstossen und Frauen dazu ermutigen, noch stärker in politischen und damit auch in gesellschaftlichen Prozessen mitzuwirken. Denn die Zukunft gehört jenen, die sich zusammenschliessen, Ideen teilen und gemeinsam Lösungen suchen. Frauen, die sich gegenseitig fördern statt konkurrieren, stärken nicht nur sich selbst, sondern auch die liberale Sache insgesamt.

Die FDP Frauen beider Basel setzen damit ein klares Zeichen: Vernetzung ist kein Selbstzweck, sondern eine Investition in die Zukunft – für mehr Vielfalt, Freiheit und Mut zur Mitgestaltung.



Jetzt Mitglied werden:

Autorin: FDP Frauen beider Basel

Bild: Adobe Stock



Die Jungfreisinnigen stehen für Eigenverantwortung, Effizienz und eine moderne Medienpolitik. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz einen starken und unabhängigen Service Public benötigt. Genau dort setzt die SRG-Halbierungsinitiative an. Sie will die Abgabe auf faire 200 Franken pro Haushalt senken und die SRG auf ihren eigentlichen Auftrag konzentrieren.

Heute zahlen alle Haushalte 335 Franken pro Jahr. Das ist die weltweit höchste Zwangsgebühr! Für viele junge Menschen, die gerade in die Selbstständigkeit starten, ist das viel Geld. Viele zahlen, obwohl sie das Angebot kaum nutzen. Wir informieren uns digital, schauen on demand und wählen gezielt aus, was wir sehen möchten. Trotzdem müssen wir alle für ein lineares Vollprogramm bezahlen, das längst nicht mehr unserer Realität entspricht.

Die Initiative will keinen Kahlschlag, sondern eine Fokussierung. Die SRG soll sich auf die Bereiche Information, Bildung und Kultur konzentrieren, in denen ein echter Mehrwert für Demokratie und Gesellschaft entsteht. Unterhaltung, Serien und teure Sportrechte können von privaten Anbietern längst besser und günstiger produziert werden.

Die Wettbewerbsverzerrung gegenüber privaten Medien muss endlich korrigiert werden. Gebüh-

rengelder dürfen nicht dazu verwendet werden, private Anbieter vom Markt zu verdrängen. Die SRG sollte nur dort im digitalen Raum präsent sein, wo Marktversagen besteht, beispielsweise bei neutraler Berichterstattung oder nationaler Kulturförderung. Gerade im Zeitalter der sozialen Medien sind verlässliche, unabhängige Quellen wichtiger denn je. Gebührenfinanzierte Unterhaltung auf Instagram oder Spassformate sind jedoch nicht notwendig.

«200 Franken sind genug.»

Die Halbierungsinitiative entlastet Haushalte und Unternehmen von der Doppelbesteuerung und zwingt die SRG, effizienter zu arbeiten. Sie wahrt die sprachliche Vielfalt der Schweiz und stärkt

gleichzeitig den Lokaljournalismus. Es ist an der Zeit, das System an die Mediengewohnheiten unserer Generation anzupassen: Fair, modern und liberal.

Wir wollen einen Service Public, der Vertrauen verdient und sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Ein starker Service Public ja, aber zu einem fairen Preis.



Isabelle Steinemann,
Co-Vizepräsidentin Jungfreisinnige BL

Bild: Kampagnen FDP.Die Liberalen Schweiz, mithilfe von KI erstellt



NEIN zur gefährlichen Chaosinitiative

Ein direkter Angriff auf unsere Landwirtschaft

Die von der SVP lancierte «Chaosinitiative» würde Bauernhöfe in der Schweiz in eine existenzielle Krise stürzen. Schon heute sind 20'000 bis 25'000 Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter unverzichtbar: Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren, ernten Trauben. Ohne sie verrotten Ernten, Reben werden nicht gepflegt und ganze Erntesaisons stehen auf der Kippe. Für viele Betriebe sind diese Arbeitskräfte kein Luxus, sondern die Bedingung fürs Überleben.

Die Initiative zielt auf die Kündigung der Personenfreizügigkeit, mit einer Guillotine, die das ganze bilaterale Vertragswerk treffen würde. Für die Landwirtschaft hätte das fatale Folgen: Kurzfristig fehlt die Erntehelferschar, mittelfristig brechen Lieferketten und Exportmöglichkeiten ein, langfristig verschwinden Betriebe vom Markt. Die Folge: weniger heimische Produktion, höhere Ladenpreise und eine gefährdete Versorgungssicherheit.

Auch die Fleisch- und Verarbeitungsbetriebe sind betroffen. Viele Metzgereien und Schlachtbetriebe sind auf Fachkräfte und Hilfskräfte aus dem Ausland angewiesen. Fehlen sie, kann die Verarbeitung nicht mehr in gewohntem Umfang stattfinden. Bauern stehen vor der Wahl, Tiere nicht mehr zu schlachten oder ihre Produktion drastisch zu drosseln. Das trifft die Preise, die Qualität und die Existenz der Höfe.

Die Guillotine ist bürokratisch und kalt. Die Initiative nennt keine praktikablen Übergangsmodelle, keine Lösungen für fehlende Saisonkräfte, keine fairen Kompensationen für Kleinbetriebe. Statt pragmatischer, sektoraler Steuerung droht ein kontingentiertes Chaos, in dem die Landwirtschaft oft das Nachsehen hat, weil sie saisonale, flexible Arbeitskräfte

braucht, die der Markt national nicht in dieser Zahl bereitstellt.

Die Folgen gehen weit über den Hof hinaus: Regionale Landschaftspflege leidet, wenn Reben nicht mehr gelesen und Felder nicht mehr gepflegt werden. Touristische Regionen, die von gepflegten Kulturlandschaften leben, verlieren Attraktivität. Lebensmittelimporte nehmen zu, mit höheren Kosten und Abhängigkeiten. Die Nahrungssicherheit der Schweiz würde geschwächt, gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten ein unverantwortliches Risiko.

Praktische Beispiele zeigen das Risiko: In Obst und Gemüseanbaugebieten wie der Ostschweiz oder an den Rebhängen des Lavaux sind saisonale Teams essenziell. Ohne sie wären Spargelfelder, Erdbeerplantagen und Reben nicht erntebereit. Das ist keine abstrakte Gefahr, sondern eine konkrete Bedrohung der Existenz vieler Familienbetriebe.

Die FDP steht für eine liberale, verantwortungsvolle Zuwanderungspolitik, die Nachfrage und Versorgungssicherheit sichert. Die Antwort auf Herausforderungen darf nicht sein, die Türen zuzuschlagen. Statt die bewährten bilateralen Grundlagen wegzurufen, braucht es zielgerichtete Reformen: effizien-

tere Arbeitskräftevermittlung, erleichterte temporäre Bewilligungen für saisonale Arbeit, Kooperation mit Nachbarstaaten und pragmatische Anerkennung von Qualifikationen. So schützen wir die Höfe, die Landschaft und die Lebensmittelversorgung.

Die Chaosinitiative ist ein Irrweg. Sie setzt auf Symbolpolitik statt auf Lösungen und riskiert, dass Schweizer Bauern zusehen müssen, wie ihre Ernten verrotten. Das darf nicht passieren. Für unsere Höfe, unsere Ernährungssicherheit und unsere ländlichen Regionen: NEIN zur Chaosinitiative. Schützen wir unsere Bauern, sie gewährleisten die Produktion von wichtigen Produkten wie Kartoffeln zu rund 79 Prozent und Obst zu rund 75 Prozent inländisch.



Sandra Oeschger,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Porträt Parteipräsidium

Bilder: Susanne Vincenz-Stauffacher



Im Porträt

Susanne Vincenz-Stauffacher, Co-Präsidentin

Susanne Vincenz-Stauffacher studierte an der HSG Rechtswissenschaften und ist als selbstständige Rechtsanwältin tätig. Zusätzlich ist sie Ombudsfrau Alter und Behinderung der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden und wurde im Jahr 2023 zur Verwaltungsratspräsidentin von Konzert und Theater St. Gallen gewählt. Seit ihrer Wahl in den Nationalrat 2019 liegt der Hauptfokus ihrer Politik auf einer wirtschafts- und sozial- und finanzverträglichen Energie- und Umweltpolitik mit Schwerpunkt Versorgungssicherheit.

Als ehemalige Kantonsrätin kennt Susanne Vincenz-Stauffacher die Schweiz nicht nur aus der Perspektive der Bundespolitik, sondern auch aus jener der Kantone, Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger, die tagtäglich Verantwortung übernehmen – sei es in der Wirtschaft, in der Gesellschaft oder im persönlichen Umfeld. Diese Bodenhaftung prägt ihren politischen Stil.

Als ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz hat sie die Individualbesteuerung erfolgreich lanciert und vorangetrieben. Zudem ist sie Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes Swissecleantech, Stiftungsratspräsidentin von Sens eRecycling und seit 2023 Präsidentin von Hydrosuisse (Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband). Die Abtwilerin ist begeisterte Jasserin und verbringt ihre Freizeit am liebsten mit ihrer Familie und der Hündin Luna in der Natur.

«Der Liberalismus ist aktueller denn je. Wir müssen ihn nicht neu erfinden, sondern selbstbewusst leben – mit Herz, mit Verstand und mit dem Mut, Verantwortung zu übernehmen.»

Susanne steht für eine FDP, die sich nicht versteckt, sondern selbstbewusst auftritt – mit klaren liberalen Positionen und einem offenen Ohr für die Bevölkerung. Ihr Ziel ist es, den liberalen Kompass weiter zu schärfen und die Partei als vernunftorientierte, verlässliche Kraft in der Schweizer Politik zu positionieren. «Ein besonderes Anliegen ist mir der Dialog: zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Frauen und Männern, Wirtschaft und Gesellschaft. Weil der Liberalismus dann am stärksten ist, wenn er zuhört, versteht und verbindet.»

Mit ihrer Art, Politik zu leben – verbindlich im Ton, klar in der Sache, offen im Denken – steht sie für eine moderne, zukunftsgerichtete FDP. Eine Partei, die sich nicht in kurzfristigen Trends verliert, sondern langfristig für die Werte eintritt, die unser Land stark gemacht haben: Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Freiheit.

Bilder: Benjamin Mühlemann



Im Porträt

Benjamin Mühlemann, Co-Präsident

Benjamin Mühlemann vertritt seinen Heimatkanton Glarus seit 2023 im Ständerat. Bis zu seiner Wahl ins Bundesparlament war er während zehn Jahren Regierungsrat (zeitweise Landammann bzw. Regierungspräsident) und leitete innerhalb der Glarner Exekutive zunächst das Departement Bildung und Kultur, anschliessend das Departement Finanzen und Gesundheit. Seine Ausbildung genoss er an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) mit einem Studium Journalismus und Organisationskommunikation.

Beruflich ist Benjamin Mühlemann bei der Kommunikationsagentur IRF Reputation in Zürich als Strategie- und Kommunikationsberater tätig. Daneben engagiert er sich als Präsident von Ospita, dem schweizerischen Verband eigenständiger medizinischer Leistungserbringer, sowie im Hochschulrat der Ostschweizer Fachhochschule Ost.

Benjamin Mühlemann wohnt mit seiner Familie in Mollis im Glarner Unterland. Hier musiziert er in der örtlichen Musikgesellschaft und ist Mitglied des Rotary-Clubs. Mit den Glarner Bergen ist er besonders verbunden. Sie sind sein Rückzugs- und Kraftort, und in der Freizeit nutzt er jede Gelegenheit fürs Skifahren oder eine Mountainbike-Tour.

Benjamin ist tief überzeugt, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft am besten entwickeln, wenn wir alle möglichst viel individuelle Freiheit geniessen und über ein Maximum an Handlungsspielräume verfügen. Er stammt aus einer Hand-

«Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig.»

werkerfamilie, kennt deshalb die Herausforderungen der vielen tausend KMU unseres Landes bestens und verfolgt mit Nachdruck eine wirtschaftsliberale Politik. Zudem trägt er den Ruf eines äusserst hartnäckigen Finanzpolitikers: «Wohlstand haben wir nur dank florierender Wirtschaft und solider öffentlicher Finanzen. Wir müssen das Portemonnaie der Bevölkerung schonen und der Staat darf nicht auf Pump leben. Das wäre unfair gegenüber den künftigen Generationen.»

Die FDP möchte er nachhaltig stärken, ihre Themen wirkungsvoll platzieren und so die liberalen Werte klar und verständlich ins Land hinaustragen. «Keine andere Partei bringt so breit und gut abgestützte Lösungen zustande wie die FDP. Keine andere Partei ist so sehr auf das Gemeinsame und auf den Fortschritt fokussiert wie die FDP. Das macht uns einzigartig. Tragen wir diese Botschaft gemeinsam hinaus und übernehmen wir zusammen Verantwortung für eine freiheitliche und fortschrittliche Schweiz.»

Das FDP-Präsidentialjahr in Bildern

Unsere bewegenden Momente

Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter

Bild 1–4: Béatrice Devènes – Bundeskanzlei, Bild 5: Loey Felipe – United Nations Photo, Bild 6: Vatican Media



Freudige Überraschung nach meiner Wahl zur Bundespräsidentin: Im Bernerhof empfing mich mein Patenhund Zeus zusammen mit einem «Geschpännli» aus der Zucht der Fondation Barry. Diese Stiftung pflegt das Erbe des legendären Rettungshundes Barry vom Grossen-Sankt-Bernhard-Pass.



Ende Januar habe ich zusammen mit zwei Brüdern, die den Holocaust überlebt haben, den Gedenkanlass zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 80 Jahren besucht. Diese Reise war mir sehr wichtig, denn was dort passiert ist, dürfen wir nie vergessen.



Zusammen mit Vjosa Osmani Sadriu, der Präsidentin von Kosovo, durfte ich auf dem Bundesplatz vielen glücklichen Menschen begegnen, die für diesen Staatsbesuch nach Bern gekommen waren. Beide würdigten wir die Bedeutung der grossen kosovarischen Diaspora in der Schweiz.



Anlässlich der traditionellen «Schulreise» des Bundesrats führte ich das Kollegium in meinen Heimatkanton St. Gallen und dort u. a. in den Kinderzoo in Rapperswil-Jona. Ein Besuch bei den Elefanten durfte natürlich nicht fehlen.



In meiner Rede an der UNO-Generalversammlung erinnerte ich daran, dass jede starke internationale Organisation starke Mitglieder braucht – Staaten, die in der Lage sind, für ihre Bürgerinnen und Bürger einen sicheren Raum zu schaffen, in dem sie sich frei entfalten und vor allem auch frei ausdrücken können.



Nach dem Tod von Papst Franziskus hatte ich schon zweimal die Gelegenheit, seinen Nachfolger Leo XIV. zu treffen: kurz bei seiner Amtseinführung und zu einem längeren Gespräch Anfang Oktober. Wir haben uns insbesondere über die Bedeutung von Werten in der heutigen Gesellschaft ausgetauscht.

Nationalratspräsidentin Maja Riniker

Bilder: Maja Riniker



Meine mir wichtigste persönliche Zielvorgabe habe ich erreicht: faire, gute und (fast) fehlerfreie Leitung des Rates.



Zu den Höhepunkten in meinem Präsidentialjahr gehören die zahlreichen Traditionsanlässe, die ich besuchen durfte, quer durch das ganze Land.



An der Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten von Ende Juli in Genf durfte ich die Kernanliegen der Woman Speaker Conference vorstellen.



Am 21. Juni überbrachte ich Blatten die Solidarität der Bundesversammlung – die Zerstörung und Schicksale vor Ort haben mich tief berührt.



Als ich am 18. Juni vergessen hatte, eine Abstimmung durchzuführen, habe ich meinen Kolleginnen und Kollegen 63 Glacen spendiert. Alle haben gelacht, geklatscht und sich über die Abkühlung an diesem heissen Sommertag gefreut.



Das Kondolenzbuch für Fredi Heer war meine Idee und wurde rege genutzt. Beim Abschied im Rat war die Trauer spürbar, es war still... und irgendwann musste ich sagen, dass das Parlament wieder zur Arbeit übergehen muss. Eine solche Situation kann man nicht im Voraus lernen.

Ständeratspräsident Andrea Caroni

Bilder: Andrea Caroni



Es gab bislang 16 Ausserrhoder (Alt-)Ständeräte. Das Bild zeigt die drei noch lebenden. Nur zwei davon wurden Ständeratspräsident, der dritte zum Trost immerhin Bundesrat. Übrigens: Lustigerweise habe ich für beide anderen (Merz und Altherr) einmal gearbeitet.



Zu meiner Wahl rappte Bligg zusammen mit der Streichmusik Alder. Zum ersten Mal ertönte damit meine Lieblingsmusik, der Hip-Hop, im Saal. Wegen unflätiger Textpassagen konnten sie allerdings den Hit «10 chliini Appezeller» nicht aufführen.



Zum ersten Mal seit rund 90 Jahren besetzt die FDP wieder alle vier eidgenössischen Präsidien. Das feierten wir in einem konspirativen Treffen im äusseren Stand, wo 1848 die Bundesverfassung geschrieben wurde.



Auch als Captain des TC-Bundehaus konnte ich sportlich mit Shaqiri nicht mithalten.



An der Weltausstellung in Osaka erlebten wir viel Eindrückliches. Wir verschmachteten aber auch fast in der brütenden Hitze, obwohl wir nicht einmal ordentlich anstehen mussten.



Der Besuch beim Papst war sicher ein Höhepunkt des Jahres. Allerdings dauerte er nur zirka zwei Minuten, und das Foto musste man dann für 10 Franken kaufen...

Bild: Symbolbild mithilfe von KI erstellt



Tourismus in der Schweiz

Herausforderungen und Lösungen unserer Ortsparteien

Oberengadin

Tourismus im Oberengadin – wirtschaftliche, politische und soziale Herausforderungen:

Das Oberengadin ist eine der wirtschaftlich leistungsfähigsten Regionen der Alpen mit der höchsten Wertschöpfung im Kanton Graubünden. Der wichtigste Wirtschaftszweig ist der Tourismus mit der Weltmarke St. Moritz.

Im Oberengadin entsteht eine touristische Wertschöpfung von rund CHF 0,92 Mia., was rund 22% der kantonalen touristischen Wertschöpfung entspricht. Die touristische Beschäftigung umfasst mehr als 11'000 Vollzeitäquivalente, dies entspricht ca. 74% Vollzeitäquivalenten. Von diesen sind mehr als 5100 bei touristischen Leistungsträgern tätig. Die übrigen Branchen stehen direkt oder indirekt mit dem Tourismus in Verbindung. So sind z. B. in der Bauwirtschaft rund 1100, also 65% Vollzeitäquivalente vom Tourismus abhängig. Das soziale und wirtschaftliche Ökosystem bringt für die Bevölkerung grosse Herausforderungen. Infrastrukturen, aber auch Dienstleistungen müssen in Bezug auf Qualität und Kapazität auf die maximale Auslastung ausgerichtet sein. Gleichzeitig müssen Gemeinden nicht nur die klassischen Aufgaben abdecken, sondern auch wichtige touristische, wirtschaftliche Aufgaben. Darunter fallen u. a. die Wirtschafts- und insbesondere Tourismusförderung, die Vermarktung durch Tourismus-Organisationen, touristisch relevante Infrastrukturen, Event- und Kulturförderung mit touristischem Potenzial und dergleichen.

In St. Moritz, der leistungsstärksten Gemeinde mit Leuchtturm-Charakter, hat ein politischer Vorstoss der FDP aus dem Jahre 2015 eine Zonenplanrevision verlangt, mit einem vorgelegten strategischen Prozess, der zur Strategie

St. Moritz 2030 führte. Diese Strategie bildet heute eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung von St. Moritz, mit Ausstrahlung für die ganze Region. Damit wird das Entwicklungspotenzial klarer auf die wirtschaftlichen und sozialen strategischen Ziele der Gemeinde ausgerichtet. Auch führen parlamentarische Vorstösse der FDP, wie u. a. die Eigentümerstrategien und Richtlinien für den Umgang mit Gemeindefigentum, dazu, dass unternehmerisches Denken und Handeln stärker gefördert werden. Die hohe Nachfrage nach Zweitwohnungen zieht hohe Immobilienpreise nach sich. Das Oberengadin belegt den ersten Platz in Bezug auf Ferienwohnungspreise pro Quadratmeter im gesamten Alpenraum. Das ist gut für die Wirtschaft und die Gemeindefinanzen, macht es aber schwierig, für die einheimische Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum zu finden. Beschränkungen der Zweitwohnungen auf kommunaler und nationaler Ebene haben keinen günstigen Wohnraum zu schaffen vermocht. Im Gegenteil, durch Verknappung des Angebotes sind Zweit- und Erstwohnungspreise auch deswegen markant gestiegen. Funktionierende Instrumente sind Ausnutzungs-Boni und Ähnliches innerhalb des Baurechts, die Vergabe von günstigen Baurechten und die Schaffung von gemeindefinanzierten günstigen Mietwohnungen. Die FDP hat durch politische Vorstösse in der ganzen Region solche Initiativen ausgelöst und aktiv unterstützt.

Eine grosse Herausforderung sind auch regionale Aufgaben innerhalb der Strukturen einer Verwaltungsregion. In Graubünden wurden 2016/17 die Kreise als politische Ebene abgeschafft. In der Verwaltungsregion dominieren die Partikularinteressen der einzelnen Gemeinden. Das zeigt sich in Komplexität, Ineffizienz und nur schwer überwindbaren Hürden, um regionale Projekte umzusetzen und zu führen. Alle politischen Parteien arbeiten zusammen, um bessere Formen der Zusammenarbeit oder gar eine Fusion herbeizuführen, um die Zukunftschancen der Region zu verbessern. Und genau hier liegt die Stärke dieser wunderschönen hochalpinen Region: die grossartigen Menschen, Einheimische, Zweitheimische und Gäste, die über alle sozialen, kulturellen, politischen und geografischen Grenzen hinaus stetig im engagierten Austausch sind und nach besseren Wegen für eine erfolgreiche Zukunft suchen.



Leandro A. Testa, Präsident FDP. Die Liberalen Oberengadin-Bregaglia

Zermatt

Zwischen Matterhorn und Mietenwahnsinn – Die FDP.Die Liberalen Zermatt setzt auf liberale Lösungen statt Verbote: Zermatt lebt vom Tourismus. Jahr für Jahr strömen Millionen Gäste in unser Bergdorf am Fusse des Matterhorns, das selbst nur rund 6000 Einwohner zählt. Der Tourismus sichert viele Arbeitsplätze, nahezu jeder Bereich lebt davon.

Doch der Erfolg bringt auch Herausforderungen mit sich.

Allen voran mangelt es an Wohnraum. Viele Wohnungen dienen als Ferienwohnungen, weshalb es praktisch keinen Leerstand mehr gibt (Leerstandsquote ca. 0,4%). Dies hat zur Folge, dass Einheimische und Saisonkräfte kaum mehr eine bezahlbare Wohnung finden. In der Hochsaison geraten Verkehr, Entsorgung und Ruhezeiten an ihre Grenzen, was die Lebensqualität für die einheimische Bevölkerung spürbar mindert. Steigende Mieten und knapper Raum gefährden die Durchmischung und erschweren die Rekrutierung von Personal.

Die FDP Zermatt setzt auf eine pragmatische und liberale Politik. Statt immer mehr Vorschriften fördern wir Lösungen mit Augenmass, die auf Anreize statt Verbote setzen und das Eigentum schützen. So haben wir vergangen Sommer an der Urversammlung erfolgreich eine Verschärfung des kommunalen Erst- und Zweitwohnungsreglements verhindert. Diese Verschärfung hätte nur eine geringe Schlagkraft gegen die Wohnungsnot gehabt und wäre ein unverhältnismässiger Eingriff in das Eigentum gewesen. Die Zermatter Bevölkerung hat dies auch so gesehen uns ist unserem Antrag gefolgt. Statt solcher Eingriffe setzen wir darauf, dass lokalen

Betrieben und Leistungspartnern Anreize bei der Erbauung von Wohnraum gegeben werden. Unser Ziel ist, den Tourismus als Lebensader der Region zu erhalten, ohne Freiheit und Eigenverantwortung unnötig einzuschränken.



Lars Inderbinen, Präsident FDP.Die Liberalen Zermatt

Wilderswil

Kontinuierlich steigende Besucherzahlen: Die FDP.Die Liberalen Wilderswil setzt sich ein für eine Balance zwischen Tourismus und Lebensqualität: Die beiden bedeutenden Bergbahnunternehmen, die Jungfraubahnen und die Schilthornbahnen, ziehen nicht nur Übernachtungsgäste an, sondern auch ganzjährig zahlreiche Tagestouristen. Der Tourismus hat eine entscheidende Bedeutung als Arbeitgeber in der Region und führt dazu, dass viele Geschäfte längere Öffnungszeiten anbieten und auch am Wochenende geöffnet sind.

Die Züge von Interlaken nach Grindelwald sind oft überfüllt, trotz eines halbstündlichen Fahrplans. Auch die Buslinien müssen ausgebaut werden, was eine zusätzliche Belastung für die Gemeinden darstellt. Zum Veranschaulichen: Dem Geschäftsbericht 2024 der Jungfraubahn zufolge gab es 1,8 Millionen Besucher beim «Besuch Erlebnis Berge» und 1 Million Besucher auf dem Jungfraujoch, die alle durch die Gemeinde Wilderswil befördert werden mussten.

Auf den Nationalstrassen kommt es häufig zu Staus, da der Verkehrsfluss durch die vielen Touristen beeinträchtigt wird. Viele Reisende können während der Fahrt nicht auf Foto- oder Videoaufnahmen verzichten, was die Situation weiter verschärft. Zusätzliche Probleme ergeben sich durch den anfallenden Müll – welcher zum Teil nicht ordnungsgemäss entsorgt wird –, das Betreten

privater Gärten und die Notwendigkeit, Toiletten aufzusuchen. Diese Herausforderungen führen dazu, dass die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Tourismus abnimmt.

Angesichts der Umnutzung von Wohnraum in AirBnB-Wohnungen haben einige Gemeinden wie Wilderswil Massnahmen ergriffen, um den Anteil an Zweitwohnungen bei Neubauten oder Umnutzungen auf maximal 30% zu begrenzen.

Als FDP-Ortspartei haben wir das Thema aktiv aufgegriffen. Wir konnten eine Initiative der SP zur 90-tägigen AirBnB-Beschränkung in Wilderswil abwehren, da dieser Ansatz das Problem lediglich verlagern würde und die Wohnraumproblematik nicht löst. Gemeinsam mit anderen Ortsparteien planen wir für Anfang 2026 eine Veranstaltung, um die Bedenken der Bevölkerung

zu thematisieren und Vorschläge an die Gemeinde sowie die Tourismusorganisation zu unterbreiten. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Tourismus und Lebensqualität für die Bevölkerung sicherzustellen.



Lorenz Müller, Co-Präsident FDP Wilderswil

Bilder: Damien Cottier, Fraktionspräsident und Nationalrat NE



Freisinnige Brückenbauer auf gemeinsamer Mission

Ein Blick hinter die Kulissen der parlamentarischen Diplomatie

Anfang November besuchte eine Delegation der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA die US-Bundesstaaten Washington D.C. und North Carolina. Mit dabei: vier Freisinnige rund um FDP-Fraktionschef Damien Cottier.

Aussenpolitik gilt in aller Regel als Sache von Botschaftern und Regierungen. Weniger bekannt ist, dass auch Mitglieder der Parlamente Netzwerke pflegen und damit einen wichtigen Beitrag für die Aussenbeziehungen ihrer jeweiligen Länder leisten. So geschehen bei der Reise der Parlamentarischen Vereinigung Schweiz–USA, die Anfang November eine Delegation nach Washington D.C. und North Carolina führte.

In Washington traf die Schweizer Delegation – darunter die FDP-Vertreter/-in Isabelle Moret (VD), Laurent Wehrli (VD) und Simon Michel (SO) – den Speaker des Repräsentantenhauses, diverse Mitglieder des Kongresses, Think Tanks und Vertreter der US-Wirtschaft.

Diskutiert wurden unter anderem sicherheitspolitische Themen und die transatlantischen Beziehungen. Der zweite Teil der Reise führte nach North Carolina, wo die Delegation diverse Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren besuchte. Parlamentarische Reisen verfolgen selten ein unmittelbares politisches Ziel – doch sie leisten leise, aber nachhaltige Diplomatie. Sie ergänzen die Arbeit der Exekutive und öffnen Türen, wo formelle Kanäle an ihre Grenzen stossen. Auch die diesjährige USA-Reise hat gezeigt: Diplomatie beginnt dort, wo Menschen miteinander reden.

Damien Cottier:
«Gerade in einer Zeit, in der sich die Welt neu sortiert, brauchen Demokratien enger zusammenhaltende Netzwerke. Parlamentarierinnen und Parlamentarier können dabei eine entscheidende Rolle spielen.»



Schweiz–USA:

Die Parlamentarische Vereinigung Schweiz–USA wurde Anfang der 2000er-Jahre gegründet, um den Dialog zwischen den beiden Demokratien zu fördern. Heute steht sie unter der Leitung von FDP-Fraktionschef Damien Cottier. Der freisinnige Aussenpolitiker setzt konsequent auf Dialog statt Abschottung – auch im Verhältnis zu den USA, dem wichtigsten Exportmarkt der Schweiz nach der EU.

Grafiken: Fanny Dietschi

Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025

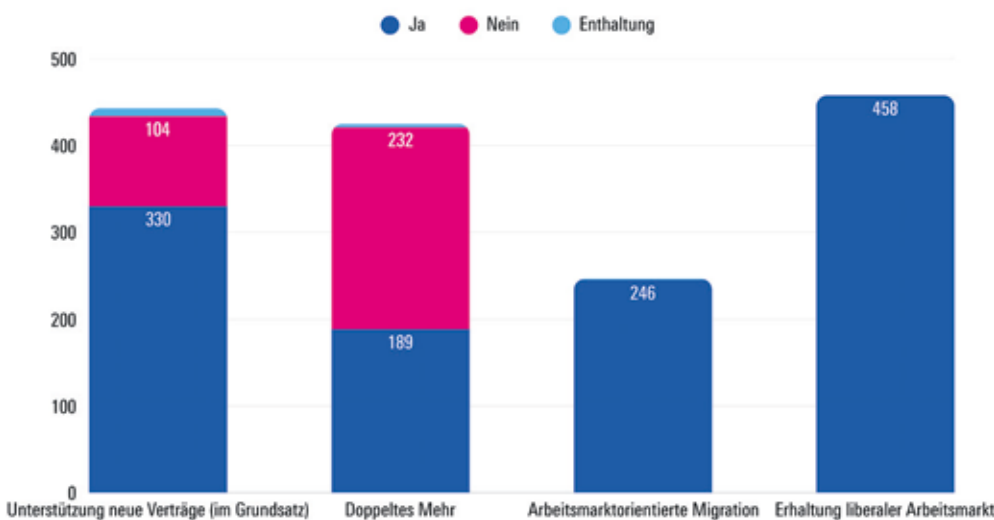
Die wichtigsten Entscheidungen und Statements

Die Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 im Berner Wankdorf-Stadion wurde mit viel Spannung erwartet und verfolgt. Nach zahlreichen Reden und Wortmeldungen entschieden die Delegierten über vier Grundsatzfragen zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union und wählten erstmals in der Geschichte der FDP ein Co-Präsidium. Ein gelungenes Fest der Demokratie!

Der Parteivorstand der FDP Schweiz



Abstimmungsergebnisse neue bilaterale Verträge



Ein klares «Ja» zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union

Während es im Vorfeld zur Delegiertenversammlung intensive Diskussionen zwischen den Befürwortern und Gegnern der neuen Verträge mit der Europäischen Union (EU) gab, dominierten an der Versammlung spannende und respektvolle Panels und Wortmeldungen. Am Ende sprachen sich die Delegierten mit 330 zu 104 Stimmen und 9 Enthaltungen deutlich für die Fortführung des bilateralen Weges mit der EU aus. Zudem sollen die neuen Verträge wie in der Bundesverfassung vorgesehen nicht dem Volksmehr unterliegen. Dieser Entscheid bildet nun die Grundlage für die Vernehmlassungsantwort der Partei. Gleichzeitig entschieden die Delegierten deutlich, dass sich die FDP-Fraktion im Parlament aktiv für eine arbeitsmarktorientierte Migration, die Bekämpfung der Einwanderung in unsere Sozialsysteme und die Erhaltung des liberalen Schweizer Arbeitsmarktes einsetzen soll (siehe Grafik).

Wahl einer neuen Parteispitze

Während medial vor allem der Europaentscheid im Fokus stand, wurden an der Delegiertenversammlung weitere wichtige Entscheidungen getroffen. Zum ersten Mal in der Geschichte der FDP. Die Liberalen Schweiz wird die Partei neu von einer Doppelspitze unter der St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und dem Glarner Ständerat Benjamin Mühlemann angeführt. Zudem wurde der Tessiner Nationalrat Alex Farinelli einstimmig zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Weiter ernannte das neue Co-Präsidium als erste Amtshandlung den Luzerner Ständerat Damian Müller zum Wahlkampfchef für die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 2027.

Was man nicht in den Medien lesen konnte

Eine Delegiertenversammlung wie jene vom 18. Oktober 2025 bedarf einer akribischen Planung und vieler helfender Hände. Bereits mehrere Monate im Voraus begann im Generalsekretariat der FDP Schweiz die Planung – und damit auch alle möglichen Eventualplanungen. Von der Eingangskontrolle über die Medienplätze und das Mittagessen bis hin zum reibungslosen Ablauf der Geschehnisse auf der Bühne: All dies wäre ohne den unermüdlichen Einsatz des Generalsekretariats und der freiwilligen Helferinnen und Helfer nicht möglich gewesen! Im Namen des Schweizer Freisinn: **Vielen herzlichen Dank!**



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»



PLR
Les Libéraux-Radicaux

PLR
Les Libéraux-Radicaux



FDP

Pour toutes celles
et ceux qui
se réveillent tôt

Das war die DV im Berner Wankdorf Stadion



coloro
mattina
sveglia



PLD
Ils Libéraux

Per tu
che
puntano



puntano

PLR
Les Libéraux-Radicaux

PLR
Les Libéraux-Radicaux



FDP

Pour toutes celles
et ceux qui
se libèrent et

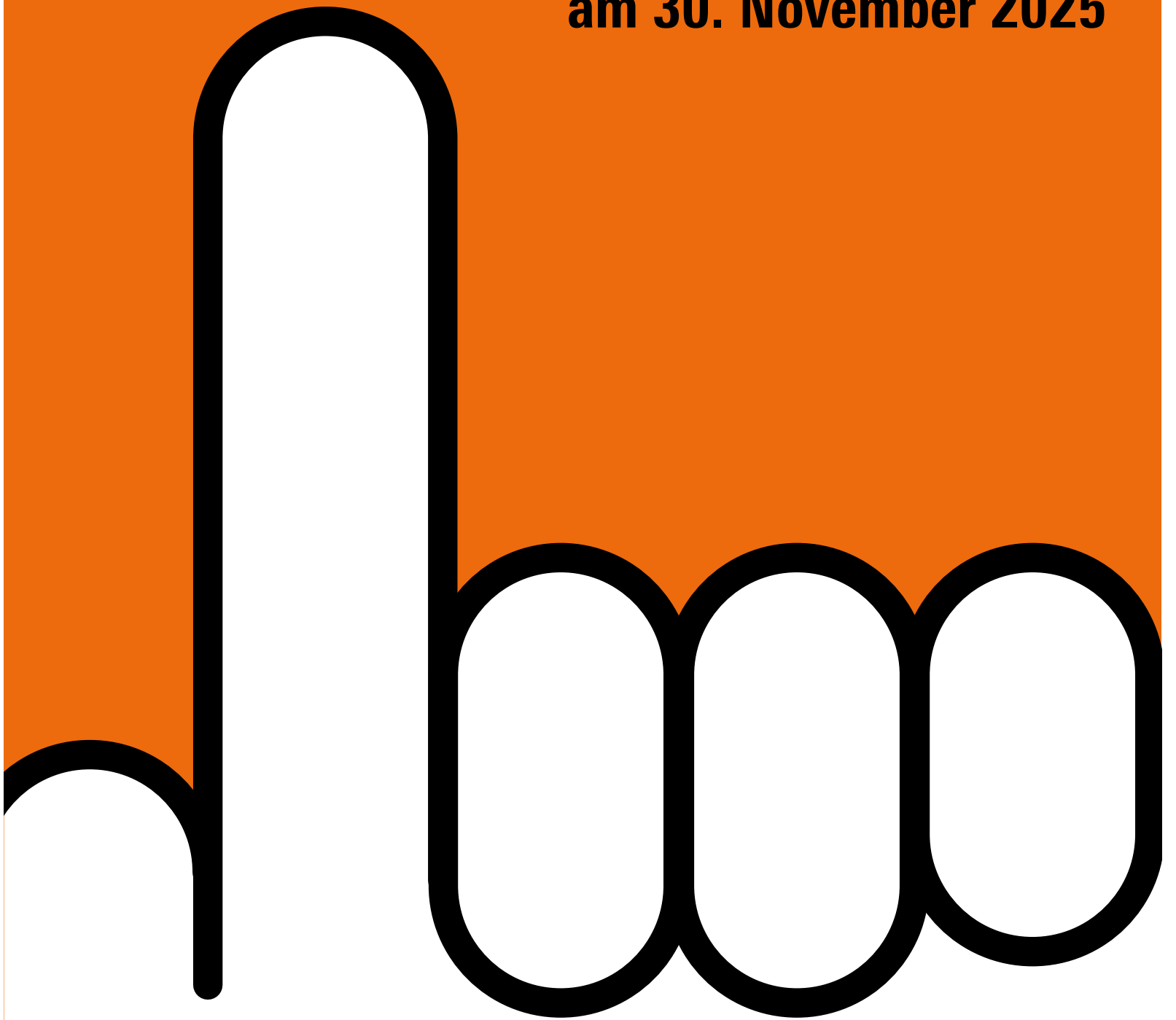
Das war die DV im
Berner Wankdorf Stadion



PLD
Ils Libéraux



NEIN zu Service Citoyen
am 30. November 2025



**Ab heute:
Bürgerdienst-Zwang**

FDP-Sommeranlass mit Philipp Rösler

FDP Oberwil, BL

Die FDP Oberwil und weitere Leimentaler FDP-Sektionen (Ettingen, Therwil, Binningen-Bottmingen) blicken zurück auf einen hochspannenden und unterhaltsamen Polit-Abend mit Gast Dr. Philipp Rösler, dem ehemaligen deutschen Vizekanzler und Gesundheits- und späteren Wirtschaftsminister, sowie ehemaligen Vorsitzenden der deutschen FDP. Der Anlass fand in der gut besuchten Traföhalle Bottmingen statt (einer zur

Kulturlokalität umgenutzten ehemaligen Trafostation). Rösler referierte eloquent über die aktuelle aussen- und wirtschaftspolitische Lage und insbesondere über die Zoll-Thematik. Weitere Themen wurden in der Fragerunde mit Marc Schinzel (Landrat aus Binningen) und mir diskutiert und auch das Publikum konnte anschliessend mit Philipp Rösler in den Dialog treten. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt.

Damit der kulturelle Aspekt nicht zu kurz kam, wurde der anschliessende Apéro mit stimmungsvoller Musik von Felix Lopez (Vizepräsident der FDP Oberwil und u. a. Singer-Songwriter) umrahmt.

Die FDP Oberwil dankt allen Beteiligten für die Unterstützung und den Gästen, speziell natürlich Special Guest Philipp Rösler, fürs Kommen. Insbesondere erfreulich war, dass

auch Mitglieder der FDP Basel-Stadt und unserer deutschen Schwesterpartei aus dem Landkreis Lörrach vorbeischaute. So entstand ein wertvoller grenzüberschreitender Austausch und daraus der Wunsch, diesen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

Sebastian Binggeli, Vorstandsmitglied FDP Oberwil, Eidg. Delegierter FDP und JF Schweiz

Liberale Kraft in Kriens

FDP Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens

Ob im Alltag, in der Politik oder bei der Pflege der Natur, in Kriens leisten liberale Kräfte seit Jahren wertvolle Arbeit, die weit über Parteigrenzen hinaus Wirkung zeigt. Unter dem Motto «Tue Gutes und sprich darüber» darf mit Stolz festgehalten werden: Die FDP, die Liberalen Kriens, die liberalen Stiftungen, die liberale Baugenossenschaft sowie die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren tragen aktiv zu einem lebendigen, sozialen und nachhaltigen Kriens bei.

Politisch aktiv – auch überparteilich

Die FDP Kriens und die FDP Liberalen Seniorinnen und Senioren engagieren sich nicht nur parteiintern, sondern auch überparteilich:

- Sie organisieren Wahlpodien für bevorstehende Wahlen und Abstimmungen, bei denen sachliche Information und respektvoller Austausch im Mittelpunkt stehen.
- Gemeinsam mit weiteren Kräften initiieren und begleiten sie Pro-

jekte, die allen Krienserinnen und Kriensern offenstehen, unabhängig von politischer Ausrichtung.

So trug etwa das von der FDP organisierte Podium zur Pilatus-Arena-Abstimmung **massgeblich dazu bei**, dass sich in Kriens eine **Mehrheit für das Projekt** aussprach. Ein Beispiel dafür, wie liberales Engagement konkrete Wirkung entfalten kann.

Still, aber wirksam – das liberale Wirken in Kriens

Oft geschieht das Engagement im Stillen, mit wenig Aufsehen, doch die Wirkung ist gross: Wohnraum schaffen, Natur pflegen, Menschen verbinden, politisch mitgestalten, Jugend fördern. All das tun liberale Kräfte in Kriens mit Herz, Verstand und Verantwortung.

Enrico Ercolani, Mitglied Liberale Seniorinnen und Senioren Kriens

Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn»

Bist du im Vorstand deiner Ortspartei und würdest du ebenfalls gerne einen Gastbeitrag für den «Schweizer Freisinn» schreiben?
Wir freuen uns, von dir zu hören!

E-Mail an dietschi@fdp.ch (Fanny Dietschi, Redaktion «Freisinn») mit folgenden Details:
– Ortspartei und Funktion – Potenzielles Thema des Gastbeitrages

Wusstest du schon?

Ausgewählte Artikel des «Schweizer Freisinns» kannst du neu auch in unserem Online-Magazin lesen!

<https://www.fdp.ch/aktuell/freisinn/digitales-freisinn-magazin>



FDP
Die Liberalen



Dieses Bild wurde mithilfe von künstlicher Intelligenz erstellt.

Verrottete Ernten, vergammelte Felder

NEIN zur Chaosinitiative!

Durch die Chaosinitiative der SVP fallen die bilateralen Verträge und somit die Personenfreizügigkeit weg. Dadurch wird es für Bauern erheblich schwieriger, Erntehelfer und Hilfskräfte zu rekrutieren. Heute packen 20'000 bis 25'000 ausländische Saisonarbeiter mit an. Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren oder ernten Trauben. Sie tragen sowohl zur Landschaftspflege als auch zu bezahlbaren Ladenpreisen und zur Versorgungssicherheit mit heimischen Nahrungsmitteln bei.

chaosinitiative-nein.ch



Chaos
verhindern!